

Taliban greifen Konsulat an

AFGHANISTAN Zwei Tote nach Anschlag mit einer Lkw-Bombe im Norden des Landes

Masar-i-Sharif. Der Angriff geschah am späten Donnerstagabend Ortszeit. Einer, möglicherweise zwei Attentäter steuerten einen mit einer Bombe beladenen Kohle-Laster in die Mauer des schwer gesicherten deutschen Generalkonsulats in Masar-i-Sharif, der größten Stadt im Norden Afghanistans. Anwohner hatten von einer gewaltigen Explosion berichtet, die einen mehrere Meter tiefen Krater in die Straße vor dem Konsulat gerissen hatte. Mindestens zwei Menschen starben, mindestens 110 wurden verletzt. Deutsche dürfen das Konsulat nur unter strengen Sicherheitsvorkehrungen verlassen. Das Konsulatspersonal umfasst normalerweise etwa 30 Personen.

Krisenstab gebildet

Die Taliban bekannnten sich zu der Tat und behaupteten in einer im Internet verbreiteten Stellungnahme, Dutzende Ausländer seien getötet oder verwundet worden. Üblicherweise sind solche Stellungnahmen stark übertrieben. Der Angriff sei als Vergeltung für einen Luftangriff in der nordafghanischen Provinz Kunduz erfolgt.

Bei dem Anschlag sei auch geschossen worden, sagte ein Sprecher des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Potsdam. Aus dem Lager Camp Marmal – etwa zehn Kilometer vom Konsulat entfernt – seien Kräfte der Schnellen Eingreiftruppe zum Konsulat entsandt worden. In dem Lager sind noch etwa 1000 deutsche Soldaten stationiert. Im Auswärtigen Amt in Berlin kam ein Krisenstab zusammen. (dpa, rtr)

NACHRICHTEN

SÜDAFRIKANISCHER PRÄSIDENT Misstrauensantrag gegen Zuma scheitert



Korruptionsvorwürfe gegen Präsident Jacob Zuma Foto: AFP

Kapstadt. Im südafrikanischen Parlament ist ein Misstrauensantrag gegen Präsident Jacob Zuma klar gescheitert. Der Antrag der oppositionellen Demokratischen Allianz wurde mit 214 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Unmittelbar vor der Abstimmung hat die Opposition auf einen Rücktritt des Staatschefs gedrängt. Zuma war zuletzt wegen Korruptionsvorwürfen gegen ihn unter Druck geraten. (afp)

TÜRKISCHER PUTSCHVERSUCH

850 Klagen liegen beim EU-Gerichtshof

Istanbul. Fast vier Monate nach dem Putschversuch in der Türkei liegen rund 850 Klagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg vor. In vielen Fällen gehe es um die Entlassung von Staatsbediensteten, sagte ein Sprecher des Europarats am Donnerstag. (dpa)

„Aktion Konfetti“ bleibt ungesühnt

NSU-PROZESS Staatsanwaltschaft Köln lehnt Ermittlungen gegen den Ex-Verfassungsschützer ab, der Akten schredderte

VON ANDREAS FÖRSTER

Berlin/Köln. Die gezielte Vernichtung von V-Mann-Akten aus dem Umfeld der rechten Terrorgruppe NSU bleibt strafrechtlich ungesühnt. Die Staatsanwaltschaft Köln lehnte es jetzt ab, entsprechende Ermittlungen gegen Verantwortliche des Bundesamtes für Verfassungsschutz aufzunehmen. Vor mehr als einem Monat hatten die Angehörigen des NSU-Opfers Mehmet Kubasik – er war am 4. April 2006 in Dortmund erschossen worden – Anzeige wegen des Verdachts der Strafvereitelung, der Urkundenunterdrückung und des Verwahrungsbruchs erstattet. Die Staatsanwaltschaft begründete ihre am vergangenen Dienstag verkündete Entscheidung nun unter anderem damit, dass eine Verjährung der Straftaten unmittelbar bevorstehe.

Vor fünf Jahren, am 11. November 2011 – nur eine Woche nach dem Aufliegen des NSU – waren im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Akten von sieben Thüringer V-Leuten geschreddert worden. Der Verantwortliche für die sogenannte „Aktion Konfetti“, der frühere BfV-Referatsleiter Lothar Lingen, hatte diese Akten „dienstlich nicht mehr notwendig“ gewesen seien. Die Staatsanwaltschaft Köln, die zunächst gegen mehrere BfV-Beamte ermittelte, stellte daraufhin im Juni 2012 das Verfahren ein.

Ende September dieses Jahres wurde jedoch im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages eine bis dahin unbekannt Aussage Lingens öffentlich, die den Schluss nahelegte, dass mit der Aktenvernichtung gezielt die Ak-



Zwei Leichen wurden in einem qualmenden Wohnwagen in Eisenach 2011 gefunden. Drei Neonazis schockten als „Zwickauer Terrortrio“ die Öffentlichkeit. Die Verbrechen der rechtsextremen NSU waren beispiellos – ebenso wie die Ermittlungsfehler in dem Fall. Foto: dpa

tivitäten des BfV im Umfeld des NSU-Trios verschleiert werden sollten. So hatte der Beamte in einer Vernehmung durch das BKA im Oktober 2014 gesagt, er habe schon kurz nach dem Aufliegen des NSU geahnt, dass „die Öffentlichkeit sich sehr für die Quellenglage des BfV in Thüringen interessieren“ werde. Er habe daher das Schreddern der Unterlagen angewiesen, denn „vernichtete Akten können nicht mehr geprüft werden“, wie Lingen beim BKA sagte.

Trotz dieses Eingeständnisses hat die Staatsanwaltschaft Köln jetzt erklärt, sie gehe weiterhin davon aus, dass die „Aktion Konfetti“ mit den „zum Vernichtungszeitpunkt geltenden hausinternen

Aufbewahrungsbestimmungen“ vereinbar gewesen sei. Einen Anfangsverdacht sehe man nicht. Das verwundert allerdings, schreibt die Strafprozessordnung doch eine recht geringe Hürde für einen Anfangsverdacht vor, der zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens berechtigt. Bereits „entfernte Indizien“ reichen für einen Verdacht.

Ablehnung ein Tag vor Verjährung

Dass Lingen eine Vertuschungsabsicht für die Aktenvernichtung in seiner BKA-Vernehmung einräumte, erfüllt diesen Anspruch allemal, meint Rechtsanwalt Sebastian Scharmer. Scharmer vertritt die Familie des NSU-Opfers Kubasik in der Nebenklage beim Münchner NSU-Prozess. Er hatte

gemeinsam mit anderen Nebenklägervertretern noch am Dienstagabend Beschwerde gegen die Entscheidung der Kölner Staatsanwaltschaft eingelegt und beantragt, dass durch Ermittlungshandlungen – etwa durch einen Aktenvermerk über eine geplante Vernehmung des Beschuldigten Lingen – die Verjährung unterbrochen werden soll. Am Mittwochabend, einen Tag vor der einsetzenden Verjährung, lehnte die Generalstaatsanwaltschaft diese Beschwerde allerdings ab.

Ganze Kubasik, die Tochter des Opfers, zeigte sich erschüttert. „Unsere Familie hat nach dem Mord an meinem Vater über fünf Jahre gerade durch die nordrhein-

westfälischen Behörden zu Unrecht und ohne wirklichen Anlass im Zentrum der Ermittlungen gestanden“, sagte sie. „Nun aber scheinen gerade hier in NRW Verfassungsschützer davon zu kommen, die sogar zugegeben haben sollen, sie hätten Akten vernichtet, um den Geheimdienst vor unbequemen Fragen zu schützen. Soll das die rückhaltlose Aufklärung sein, die uns versprochen wurde?“

Eine nochmalige Beschwerde gegen die Verfahrenseinstellung ist nicht mehr möglich. Allerdings schließt die Thüringer SPD-Abgeordnete Dorothea Marx, Vorsitzende des Erfurter NSU-Untersuchungsausschusses, eine neue Anzeige nicht aus – diesmal gegen die Kölner Staatsanwaltschaft, wegen des Verdachts der Strafvereitelung.

„Grüne könnten die SPD als Volkspartei ablösen“

Der Politologe Lothar Probst über Winfried Kretschmanns Rolle in einer Partei, die er im Mainstream sieht

Herr Probst, beginnen wir mal mit einer steilen These: Winfried Kretschmann ist für die Grünen der Joschka Fischer des 21. Jahrhunderts – nur weiter rechts...

Das mit dem „rechts“ würde ich nicht ohne weiteres unterschreiben. Winfried Kretschmann verströmt sicherlich etwas Ökologisch-Konservatives. Aber Ökologie im Sinne von Bewahrung der Schöpfung hat immer auch etwas Konservatives – das muss aber keineswegs rechts sein.

Aber ist es nicht so: Fischer hat die Grünen im Bund auf Rot getrimmt. Kretschmann hört nun gar nicht mehr auf, Angela Merkel zu loben. Und in beiden Fällen begleitet von erbitterten internen Widerständen...

Dass starke Persönlichkeiten in einer Partei auch auf Widerstand stoßen, ist normal. Vor allem wenn sie in einer Partei einen Kurswechsel einleiten wollen. Fischer hat lange für Koalitionen mit der SPD gekämpft, bis das zur Selbstverständlichkeit wurde. Nun macht Kretschmann aus seiner Präferenz für ein schwarz-grünes Bündnis keinen Hehl. Das ist bei den Grünen immer noch heftig umstritten, obwohl das in den Ländern längst Realität ist – in Hessen bisher sogar sehr erfolgreich.

Hat Kretschmann als Ministerpräsident Narrenfreiheit? Manche sprechen davon, die Grünen in Baden-Württemberg wären die neue CDU.

Wenn man den Regierungsstil und die Politik der baden-württembergischen CDU unter Ministerpräsident Stefan Mappus mit der Art

und Weise vergleicht, in der Kretschmann Politik macht, dann liegen Welten dazwischen. Selbst die grüne Parteivorsitzende Simone Peter, sicherlich keine Freundin von Winfried Kretschmann, bescheinigt ihm, dass er in Baden-Württemberg grüne Politik macht. Narrenfreiheit hat er trotzdem nicht – auf Parteitaggen jedenfalls kann er nicht unbedingt auf Mehrheiten für seine Position hoffen.

Wie etwa für seine Flüchtlingspolitik, die eher konservative Züge trägt.

Man kann es auch so sehen, dass er den Grünen eine Wende hin zu einer realistischen Flüchtlings- und Asylpolitik geebnet hat. Die traditionelle grüne Politik, dass die Tore der Bundesrepublik für alle Flüchtlinge offen sein sollen, stand schon länger auf dem Prüfstand. Sie war gewissermaßen die letzte Bastion der grünen Identität, nachdem pazifistische Positionen während der rot-grünen Regierungsjahre geräumt worden waren. Dass auch die Grünen erkennen müssen, dass es Grenzen der Zuwanderung gibt, ist insofern nicht konservativ, sondern eine Hinwendung zur Realität.

Realität ist aber auch, dass Kretschmann nur so agieren kann, weil ein eher blasses und zerstrittenes Führungsquartett (Partei/Fraktion) ihm nichts entgegensetzen kann.

Kretschmanns Aktionsradius in der Partei ist ja gar nicht so groß, wenngleich sein Traumergebnis bei der letzten Wahl in Baden-Württemberg ihm natürlich eine starke Position beschert hat. Dass

seine Stimme als Ministerpräsident eines großen Bundeslandes Gewicht in der Partei und in der Öffentlichkeit hat, ist normal und hat nichts mit der Situation an der Spitze der Partei zu tun. Aber richtig ist natürlich, dass es der Parteitagswahl nicht gelungen ist, der Partei eine gemeinsame Orientierung zu geben und geschlossen aufzutreten. Der Streit um die Steuerpolitik ist nur das jüngste Beispiel.

Öffentlich ist in jüngster Zeit viel über die Hegemonie der Grünen und ihre Themen philosophiert worden. Widersacher wie der nordrhein-westfälische SPD-Minister Groschek ätzen derweil gegen eine „durchgrüne“ Gesellschaft. Gibt es mehr Potenzial für die Grünen?

Manchmal hat man den Eindruck, dass die Grünen Angst davor haben, eine Mainstream-Partei zu werden. Dabei sind viele grüne Themen längst Mainstream und in der Mitte der Gesellschaft akzeptiert. Wenn die Grünen ökologische Modernisierung und eine realistische Wirtschaftspolitik, die auf Kooperation und nicht Konfrontation mit der Wirtschaft setzt, zusammenbringen, dann hätten sie durchaus das Potenzial, zu einer Volkspartei zu werden, die die SPD ablöst. Aber die Angst vor dieser Entwicklung scheint größer zu sein als die Wahrnehmung der Chancen, die darin liegen.

Und dann treten sie noch als Besserwisser oder Moralisten auf.

Zumindest wurden sie in der Gesellschaft oft so wahrgenommen.

Der erhobene Zeigefinger und die Forderung nach Eingriffen in die persönliche Lebensführung sind nicht gut angekommen. Das haben die Grünen bei der letzten Bundestagswahl schmerzhaft beim sogenannten Veggie-Day erfahren. Danach haben die Grünen sich vorgenommen, daraus zu lernen. Man muss abwarten, ob das gelingt.

Was bedeutet für Sie der Begriff der „neuen Mitte“. Sehen Sie die Grünen auf dem Weg dorthin?

Der Begriff ist sehr unscharf und belastet durch umstrittene Sozialstaatsreformen, die in England von Tony Blair und in Deutschland von Gerhard Schröder durchgesetzt wurden. Insofern ist der Begriff als solcher verbrannt. Soweit es jedoch darum geht, dass sich in der Mitte der Gesellschaft Werte wie Toleranz, ökologische Verantwortung, Modernität und ethisches Verhalten in der Wirtschaftspolitik herausgebildet haben, dann ist diese Mitte natürlich auch für die Grünen interessant. Es kommt darauf an, wie man daraus eine tragfähige Wählerkoalition macht. Das geht natürlich zum Teil auch nur über glaubwürdige Personen.

Und natürlich auch immer noch über Inhalten. Was ist der Markenkern der Partei?

Das ist ihre ökologische Kompetenz. Auf diesem Gebiet trauen die Wähler den Grünen am meisten zu. Es kommt aber darauf an, dieses Narrativ mit anderen regulativen Leitideen zu verbinden – also mit sozialer Gerechtigkeit und mit wirtschaftlicher Vernunft. Beides

muss jedoch von der Ökologie her gedacht werden. Die entsprechenden Schnittstellen zu bestimmen, zum Beispiel im Rahmen einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, ist die eigentliche Herausforderung für die Grünen.

Schauen wir zum Schluss auf den Parteitag: Wiederholen die Grünen den Fehler von 2012 und fordern tatsächlich eine Steuererhöhung?

Das ist ein heiß umkämpftes Terrain, denn dabei geht es ja auch um mögliche Vorentscheidungen für Koalitionen nach der nächsten Bundestagswahl. Eine Linkskoalition steht für ein Höherdrehen der Steuerschraube. Entsprechende Steuerpläne der Grünen würden also in diese Richtung gedeutet werden. Deshalb sucht man nach einem Kompromiss, der die Koalitionsfrage offenhält. Ich gehe davon aus, dass man sich auf einen solchen Kompromiss einigen wird. Die Fraktionsspitze hat ja mit ihrem Vorschlag für eine Vermögenssteuer von Superreichen einen solchen Kompromiss formuliert.

Das Gespräch führte
Thomas Geisen



Lothar Probst, 64, ist emeritierter Professor am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien in Bremen. Der Parteienforscher hat die Entwicklung der Grünen seit ihren Anfängen verfolgt.